

wasserpolitische Ankündigungen der Regierung

(Auszüge aus der „Koalitionsvereinbarung“ von SPD, LINKEN und GRÜNEN vom 16. November 2016)

- »*Öffentliche Daseinsvorsorge* gehört in öffentliche Hand.« Gut, aber wo *ist* sie derzeit?
- »Die Koalition *verteidigt die öffentliche Daseinsvorsorge gegen jeden Privatisierungszwang*.« klingt martialisch, ist aber *rechtlich* vage. CETA betrifft hoffentlich nicht die Siedlungswasserwirtschaft.
- Das „*Berliner Ökokonto*“ (ein revolvierender Fonds) und der „*Berliner Klimaschutzfonds*“ tragen „übergreifenden Charakter“. Ihre Verbindung zum regulären Haushalt ist unklar.
- »Wir *stehen* für soziale Gerechtigkeit.« besagt nichts über deren *Ausgestaltung*. »*Sozialtarife*« werden nur den Kunden der STADTWERKE in Aussicht gestellt. *Wer* das *Tarifmodell* erarbeitet und *wie* es aussehen soll, ist unklar.
- Für die Aufgabenbereiche „Klima“, „*Regenwasser*“, „innovative Wasserwirtschaft“ und „Grüne Infrastruktur“ sind Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. *Wie* die »*breite Öffentlichkeitsbeteiligung*« ('Steuerungskreise', 'Agenturen', etc.) hergestellt wird, ist unklar.
- Geringe Bodenversiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung, die Rekommunalisierung von Brunnen im öffentlichen Raum sowie neuen Formen urbanen Gärtnerns sind kein Ausgleich für die Einlösung der Bürgerforderung: „Wasser zahlt Wasser!“ [und „*Abwasser zahlt Abwasser*“].